

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 62.

Donnerstag, den 2. März.

1848.

Bekanntmachung, die Impfung der Schutzpocken betreffend.

Es ist mit Rücksicht auf die Gesundheitsverhältnisse hiesiger Stadt und der Umgegend für rathlich erachtet worden, die seit dem 21. December v. J. stattgehabte unentgeltliche Impfung der Schutzpocken annoch 6 Wochen lang fortzusetzen.

Dieselbe soll, wie bisher, in jeder Woche

Donnerstags, Nachmittags von 2 bis 4 Uhr

auf dem Rathhause allhier, zwei Treppen hoch in einem daselbst linker Hand befindlichen Locale stattfinden.

Leipzig, den 1. Februar 1848.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Gross.

Außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten am 1. März Vormittags.

Vor überfüllten Tribünen und nachdem den sich immer mehreren Zuhörern auch der Eintritt in den Saal vom Collegium gestattet worden war, der bald von dicht gedrängten Reihen besetzt ward, eröffnete Herr Vorsteher Werner die Sitzung mit einem Hinblicke auf die neuesten Ereignisse in einem Nachbarlande, die wohl geeignet seien, auch für uns Befürchtungen zu erzeugen; in Folge dessen habe Herr Vicevorsteher Professor Biedermann zuerst mit einigen Freunden sich über die Abfassung einer Adresse an Sr. Maj. den König besprochen, und es sei hierauf in einer Sitzung der gestern Abend versammelten Deputation zum Localstatut, bei welcher 23 Mitglieder anwesend gewesen, der Antrag beschlossen worden, eine solche Adresse durch die Stadtverordneten in Verbindung mit dem Stadtrath Sr. Maj. zu überreichen. Je wichtiger der Gegenstand, mit desto größerer Würde werde er auch von dem Collegium behandelt werden. — Hierauf stellte Herr Vicevorsteher Professor Biedermann im Namen der gedachten Deputation den Antrag: das Collegium der Stadtverordneten wolle kraft des nach §. 115 e der Allgemeinen Städteordnung ihm zustehenden Rechts und aus den in der Adresse näher entwickelten Gründen den Stadtrath veranlassen, in Gemeinschaft mit den Stadtverordneten die (hierauf von ihm vorgetragene) Adresse *) Sr. Maj. dem Könige zu überreichen, deren Petition auf Herbeiführung der Pressfreiheit im Umfange des deutschen Vaterlandes und der Vertretung des deutschen Volkes beim Bundestage gerichtet war. — Herr D. Wigand ergriff zuerst das Wort: Für die beantragten Reformen werde gewiß jeder Deutsche gern stimmen; er bitte aber auf die letzten 10 Jahre unsers constitutionellen Lebens hinzuschauen, vergeblich hätten die Vertreter des Volks, sogar oft mit Einstimmigkeit, sich mit Wünschen und Bitten an die Regierungen gewendet; man werde von dem Antrage wegen Vertretung des Volks beim Bunde entweder gar keinen oder doch keinen genügenden Erfolg haben; diese Stelle der Adresse möge also energischer gefaßt und auf die Stellung, welche Sachsen und namentlich Leipzig in den deutschen Bildungszuständen einnehme, nachdrücklich hingewiesen werden. — Herr Rob. Blum: Er habe die heutige Sitzung mit einer hohen Freude begrüßt, wie wenige Ereignisse in seinem Leben; er könne aber nicht läugnen, daß seine Freude

schon sehr herabgestimmt worden sei, als er den Entwurf der Adresse in der Deputationsitzung vernommen, und nicht gehoben worden, als er die Adresse jetzt vorlesen gehört habe. Einen klaren, bestimmten Ausdruck unserer Wünsche gebe sie nicht. Ein Staatsmann habe neuerlich gesagt: die Unwahrheit sei die große Krankheit unserer Tage; so müsse man denn auch den ernstesten Dingen gegenüber, die uns drohen, die Halbheit in den Worten aufgeben; das sei nach seiner Ansicht in der Adresse nicht geschehen. Mit der Behauptung, daß man Störungen der öffentlichen Ordnung auch in Deutschland zu befürchten habe, müsse die Erklärung darüber verbunden werden, wer daran Schuld sei; man müsse offen sagen, der Sinn des deutschen Volkes sei stark und groß, aber eben so offen auch, wer durch fortgesetzte Rechtsverweigerung daran die Schuld trage, daß so etwas zu befürchten stehe. Es werde die Harmonie zwischen Volk und Verwaltung vermisst; allerdings sei sie nicht vorhanden, aber warum? weil die Bedürfnisse beider sich schnurstracks widersprächen. In dem Volke lebe der Trieb wachsender Bildung und damit auch wachsender Freiheit; komme es zu einem Bruche zwischen beiden, so hätten es die verschuldet, die diesen verkümmern wollten. Man weise auf die Gefahren hin, die von Osten und von Westen drohten; man solle diese aber nicht als gleich groß hinstellen; man solle bedenken, daß auf der einen Seite, in dem Programme des französischen Volks, Friede und Einigkeit zwischen den Völkern proclamirt sei; man solle nicht vergessen, daß in Deutschland in gewissen Höhen Sympathien für unsere Feinde vorhanden seien (der Redner wies hier auf das Lager bei Kalisch hin); eben so wenig vergesse man aber hervorzuheben, daß die Gefahren von Westen her durch die unberufene Einmischung eines fremden Volkes herbeigeführt worden seien. Eine dritte Seite der Gefahr sei die leider vorhandene Sympathie für das Volk, von dem uns Gefahr drohe; so verwerflich diese Sympathie vom nationalen Standpunkte aus sei, so begründet sei sie durch die Aussicht, von dorthier die Gewährung von Rechten zu erlangen, die uns dauernd verweigert worden seien. Es heiße in der Adresse: man vertraue der Weisheit des Königs, auch er vertraue demselben; er vertraue dem Königthum im Allgemeinen und wünsche ihm Glück, aber er vertraue denjenigen nicht, die diese Stellung der Könige verschoben und die Monarchie benutzt hätten, um ihre ehrgeizigen Pläne durchzusetzen. Nicht minder aber, wie die äußere, sei die innere Gefahr hervorzuheben; man solle hervorheben, wie man denen, die auf volksfeindlichem Standpunkte stehen,

*) Wir werden diese Adresse im morgenden Tageblatte geben.